

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Fragen der europäischen Integration und des Ausländerrechts

Kurzer Besuch des österreichischen Aussenminister Dr. Alois Mock in unserem Land – Eröffnung der neuen konsularischen Räumlichkeiten

(G.M.) – Der österreichische Aussenminister Dr. Alois Mock eröffnete, wie wir bereits in der gestrigen Ausgabe berichteten, die neuen Räumlichkeiten des österreichischen Konsulats in Schaan. Im Rahmen seines kurzen Besuchs traf er auch zu einem Gespräch mit Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille zusammen.

Bei diesem Gespräch, an dem auch der liechtensteinische Botschafter in Bern, Prinz Nikolaus, teilnahm, wurden vor allem europäische Fragen und die Probleme des Ausländerrechts besprochen. An diese Besprechung schloss sich ein Empfang auf Schloss Vaduz sowie ein Empfang für die österreichischen Landsleute im Rathaussaal Vaduz an.

In einer kurzen Stellungnahme äusserte sich Aussenminister Mock zufrieden mit dem Ergebnis des Gesprächs über eine Revision des Status der Österreicher in Liechtenstein. Nach seinen Angaben

hat ihm Regierungschef Brunhart zugesagt, dass er in den nächsten Monaten eine offizielle Zusage hierzu erhalten werde. Konkret soll es um den erleichterten Familiennachzug sowie um einen verbesserten Anspruch auf Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen gehen. Vor allem ist auch vereinbart worden, das Verfahren unbürokratischer als bisher über die Bühne gehen zu lassen.

Für die Verhandlungen auf europäischer Ebene hat Aussenminister Mock den liechtensteinischen Gastgebern die Zusicherung abgegeben, bei Bedarf Hilfe zu leisten: «Wir haben uns über die gemeinsamen Eindrücke informiert, weil man doch davon ausgehen kann, dass es zwischen EFTA und EG im Juni ein offizielles Verhandlungsmandat gibt. Man hofft bis Ende dieses Jahres oder bis Anfangs 1991 zu einem fertigen Vertrag zu kommen.»

Mehr über den Besuch von Aussenminister Dr. Alois Mock im Innern der heutigen Ausgabe.



Bei seinem kurzen Besuch wurde der österreichische Aussenminister Dr. Alois Mock (rechts) auch auf Schloss Vaduz von S.D. Fürst Hans-Adam II. und I.D. Fürstin Marie empfangen. (Bild: Beat Schurte)

Informierte er vollständig?

Informierte Regierungschef Hans Brunhart den Landtag wirklich vollständig? Diese Frage drängt sich im Zusammenhang mit der Anfrage im Landtag auf, die den Überbauplan für das geplante Landtagsgebäude betraf. Die Antwort des Regierungschefs lautete, als ob alles in bester Ordnung wäre und diesbezügliche Verhandlungen geführt wurden, was jedoch nach unseren Informationen von anderer Seite bestritten wird.

Der FBP-Abgeordnete Otmar Hasler fragte im Landtag an, ob der Staat vollumfänglich im Besitze des Bodens sei, der für die Realisierung des projektierten Landtagsgebäudes notwendig sei. Regierungschef Hans Brunhart erklärte hierzu, dass in den letzten Monaten Verhandlungen mit der Fürst von Liechtenstein-Stiftung stattgefunden hätten und Verträge ausgearbeitet worden seien, die zur Genehmigung vorliegen würden.

Auf die eigentliche Frage, ob der Staat tatsächlich schon im Besitze des notwendigen Grundstückes ist, das teilweise offenbar der Fürst von Liechtenstein-Stiftung gehört, gab Regierungschef Brunhart keine Antwort. Mit dieser Antwort, die am Kern der Sache vorbeigeht, nährt der Regierungschef die Vermutungen, dass das Landtagsgebäude geplant wurde, ohne dass der Staat im Besitze des erforderlichen Bodens ist.

Die Antwort des Regierungschef, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht schriftlich vorliegt, sollte – bevor sie an die Öffentlichkeit gelangt – wohl nochmals überarbeitet und ergänzt werden. Die Frage bleibt offen, ob die Regierung unter dem verantwortlichen Ressortinhaber für Bauwesen und Finanzen das Regierungsviertel plante, ohne das gesamte Baugrundstück zu besitzen. Aufklärung der Öffentlichkeit würde jetzt dringend not tun. (G.M.)

Die Anstandsregeln verletzt

Unterrichtsfreier Samstag: Kritik am Vorgehen der Regierung

(mö.) – Im Januar dieses Jahres gab die Regierung die Einführung des unterrichtsfreien Samstags an den liechtensteinischen Schulen auf Beginn des Schuljahres 1991/92 bekannt, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Antwort der Regierung auf eine diesbezügliche Interpellation noch nicht vorlag. Der FBP-Abgeordnete Georg Schierscher, einer der sechs Unterzeichner der Interpellation, kritisierte am Mittwoch im Landtag diese Vorgehensweise der Regierung, die nach seinem Empfinden die Regeln des politischen Anstandes gegenüber dem Landtag verletzt habe.

Es verwunderte nicht, bemerkte der FBP-Abgeordnete in der kurzen Debatte zu dem nun vorliegenden Regierungsbe-

richt, dass im nachhinein die Antworten auf die sechs Fragen der Interpellation so ausgefallen seien, wie sie ausfallen mussten. Der Stil, die Informationspraxis und die Eile der Regierung zeugen seiner Ansicht nach nicht nur von einer Verkenntnis der Problematik des Interpellationsgegenstandes, sondern auch von einer demütigenden Geringschätzung der Interpellanten bzw. des Landtages. In seiner inhaltlichen Wertung der Beantwortung bezog sich Georg Schierscher vor allem auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule. Zur geistigen Tätigkeit des Erlebens und Gestaltens, zur Aufdeckung der Zusammenhänge und zur gemeinsamen Erarbeitung von Problemlösungen brauche es nebst der lenkenden Persönlichkeit des Lehrers Freiräume, Zeit und Musse. Durch die Einführung der Fünf-Tage-Woche wurden gerade diese bestimmenden Grundvoraussetzungen für den Bildungserfolg ganz empfindlich beschnitten.

Grundsätzlicher Beschluss berechtigt

Regierungschef Hans Brunhart begegnete der Kritik u.a. mit dem Hinweis, dass auf der Basis seriöser Vorarbeiten der grundsätzliche Beschluss, den schulfreien Samstag einzuführen, auch berechtigt sei. Er erinnerte dabei insbesondere an die Umfrage, die in dieser Art in Liechtenstein überhaupt noch nie durchgeführt worden sei. Er sei nicht der Auffassung, dass nach langer Vorbereitung unter Einbezug aller Lehrer eine Verzögerung richtig wäre. Der schulfreie Samstag sei, so der Regierungschef weiter, eine Massnahme im Sinne der Familienfreundlichkeit der Schule. Es gehe darum, nicht immer mehr Wissen zu vermitteln, sondern endlich den Mut aufzubringen, auf das Wesentliche zu reduzieren.

«Wir werden das Wachstum des Wissens nur in den Griff bekommen, wenn wir uns mit dem Ausmass der Belastung der Schüler bescheiden», bemerkte er. Im Sinne der Familienfreundlichkeit der Schule sei die Regierung überdies nach wie vor der Auffassung, dass eine differenzierte Einführung des schulfreien Samstags nicht richtig wäre.

Der Abgeordnete Georg Schierscher hatte zuvor an die Regierung appelliert, vor allem mit jenen Schulen, die mehr oder weniger grosse Schwierigkeiten mit der Fünf-Tage-Woche angemeldet haben, nocheinmal den Dialog aufzunehmen.

(Die Ausführungen des FBP-Abgeordneten Georg Schierscher finden Sie im Innern der heutigen Ausgabe.)

Erneut mehr Baubewilligungen

Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte Baustatistik 1989

(G.M.) – Der Bauboom in unserem Land hielt auch im letzten Jahr an. Nach der vom Amt für Volkswirtschaft herausgegebenen Baustatistik wurden erneut mehr Baubewilligungen als im Vorjahr erteilt, die einen höheren Bauwert gegenüber den Vorjahresschätzungen erbrachten, während das Bauvolumen leicht zurückging.

Im Berichtsjahr 1989 wurden in unserem Land insgesamt 614 (584) eingereichte Baupläne bewilligt, die ein Bauvolumen von 637 616 (653 083) Kubikmeter umfassen und deren Wert gemäss den Kostenvoranschlägen 280,0 (249,3) Mio. Fr. beträgt. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 5,1 Prozent mehr Baubewilligungen. Der Bauwert hat sich vergleichsweise um 12,3 Prozent erhöht, während sich das Bauvolumen um 2,4 Prozent verringerte. Von den 614 Baubewilligungen entfielen nach der Baustatistik 306 auf Neubauten und 308 auf Veränderungsbauten.

Weniger Bauvolumen

Das bewilligte Bauvolumen liegt leicht unter der Vorjahreszahl, was vor allem auf die niedrigeren Volumen der Industrie- und Gewerbebauten sowie auf die öffentlichen Projekte zurückzuführen ist. Der Wohnungsbau liegt in der Statistik mit 338 400 Kubikmeter (im Vorjahr 241 500 Kubikmeter) mit einem Anteil von 53,1 Prozent deutlich an der Spitze der verschiedenen Baukategorien. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Bauvolumen des privaten Wohnungsbaus erheblich höher. Hingegen ist bei den Industrie- und Gewerbebauten mit 280 700 (338 200) Kubikmeter ein Rückgang zu verzeichnen, so dass diese Kategorie noch 44 Prozent des gesamten Bauvolumens ausmacht. Höher als im letzten Jahr liegen die bewilligten Bauvolumen, für die landwirtschaftlichen Bauten mit

13 400 (6 600) Kubikmeter, während bei den öffentlichen Bauten ein starker Rückgang auf 4 500 (66 800) Kubikmeter zu verzeichnen ist.

Der Wohnungsbau führt auch die Statistik der mutmasslichen Baukosten mit 182,1 (123,1) Mio. Fr. an, was einem Anteil von 65 Prozent an den gesamten Kostenschätzungen entspricht. Mit 90 (72) Mio. Fr. liegen die Industrie- und Gewerbebauten an der zweiten Stelle, die damit einen Anteil von 32,1 Prozent erreichen.

323 neue Wohnungen

Gemäss der Baustatistik sind von den 306 Neubauten insgesamt 183 Wohngebäude, wovon 122 Einfamilienhäuser. In den Wohngebäuden sollen nach den bewilligten Bauplänen 323 neue Wohnungen entstehen.

Neue Begegnungsstätte schaffen

Baukostenbeitrag an Evangelisch-lutherische Kirche genehmigt

(mö.) – Das Land wird der Evangelisch-lutherischen Kirche in Liechtenstein bei der geplanten Erweiterung der kleinen Kirche in Vaduz (Anbau als Begegnungsstätte) finanziell unter die Arme greifen. Der Landtag genehmigte am Mittwoch einstimmig die Ausrichtung eines 30prozentigen Subventionsbeitrages in Höhe von 87 000 Franken für den Bau des Begegnungszentrums, das auch für aussenstehende Gruppen offenstehen und Platz für 38 Personen bieten wird.

Im geltenden Subventionsreglement ist für den Bau und die Erweiterung von Kirchen, die nicht im Eigentum einer Gemeinde stehen, keine Subventionsposition vorgesehen. Nachdem es sich bei der Evangelisch-lutherischen Kirche aber um eine Religionsgemeinschaft handelt, die seit vielen Jahrzehnten in unserem Land besteht und eine wichtige Stellung im religiösen Leben einnimmt, sprach sich die Regierung bereits im Januar für die Zusage des Subventionsbeitrages aus. Dieser Argumentation hat sich nun der Landtag vorbehaltlos angeschlossen.

Die Kirchgemeinde will den bestehenden, reparaturbedürftigen kleinen Anbau an der Ostseite des Kirchgebäudes abreißen und an dessen Stelle eine Begegnungsstätte zur Durchführung von nicht gottesdienstlichen Veranstaltungen errichten. Dazu zählen insbesondere Gesprächskreise, Gemeindeversammlungen, Vorträge, Sitzungen des Vorstandes

und von Arbeitskreisen sowie die Durchführung von Unterricht und Bazaren. Die Kirchgemeinde möchte das kleine Zentrum auch für aussenstehende Gruppen öffnen und den Bau behindertengerecht ausführen. Es ist daran gedacht, einer Behindertengruppe hier Unterkunft zu bieten. Ausserdem soll der neue Raum auch dem Pfarrer als Ort pfarramtlicher Tätigkeit und seelsorgerischer Gespräche dienen. Der vorgesehene Anbau besteht aus einem Saal mit rund 46 Quadratmetern Nettogröße, einem Eingangsbereich mit sanitären Anlagen, einer Küchenecke sowie einer Garderobe, die auch als Archiv und Lagerfläche dient.

EG-Finanzminister beraten in Irland

Brüssel (AP) Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft treten am Samstag in Ashford Castle nahe dem westirischen Galway zu einer weiteren Klausurtagung über die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb der EG zusammen. Grundlage der Beratungen ist ein überarbeiteter Vorschlag der EG-Kommission, der unter anderem eine Beschleunigung des zu einem einheitlichen Währungsraum führenden Prozesses vorsieht. Dies wird auch von den meisten Regierungschefs der zwölf Mitgliedstaaten für notwendig gehalten, um die sich annähernden beiden deutschen Staaten in eine rascher zusammenwachsende EG einzubinden.

Die Kommissionsvorschläge sehen die Bildung eines europäischen Zentralbankensystems (EuroFed) vor, in dem alle zwölf nationalen Notenbanken gemeinsam, unabhängig und demokratisch kontrolliert für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik sorgen sollen.

FÜR EINE GUTE AUS
SICHT

federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818

**FORTSCHRITTLICHE
COMPUTERTECHNOLOGIE IM
OPTIMALEN KOSTEN-NUTZEN-
VERHÄLTNISS VOM FACHMANN.**

**BURD
MARKER
COMPUTER AG**
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/2 01 70
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/6 33 09

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

**Kotelett
1 kg 9.90**

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.